

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Pettizelle mit 26 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Streifenanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 205.

Dresden, Montag den 6. September 1909.

20. Jahrg.

## Landtagswähler! Seht die Wählerlisten nach!

### Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs.

Wien, 5. September 1909.

Stand und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs tritt in dem letzten veröffentlichten Bericht der Parteiverwaltung an den Reichsbürgermeister mit großer Anschaulichkeit entgegen. Was sonst der Wachstum und Leben der Partei in die Öffentlichkeit bringt, das jenseitige Vorgänge, die irgendwie mit dem parlamentarischen Leben zusammenhängen. Der Bericht hat gerade da in seinem Inhalt nur Erfreuliches zu melden. In den zwei obgenannten Abschnitten hat sich der Bericht der deutschen sozialdemokratischen Landtagsmandate durch die Eroberung von Jauernig-Freiwaldau und Innsbruck I von 51 auf 58 erhöht, in den Landtagen von Österreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten, Oberösterreich, Tirol, in denen wir bislang drei Vertreter wählten, wuchs dank der Bemühungen der Wahlordnung die Sitze auf 13. Doch wäre es trügerisch, den Mandatsbesitz als einzigen Maßstab der Macht und Größe einer Partei anzusehen. Auch die deutsch-österreichische Sozialdemokratie ist vor plötzlichen Rückschlägen nicht gesichert, weil das politische Leben kaum irgendwo bewegter wogt als hier, und ein Teil unserer Mandate in Sitzungen, also durch die günstige Kombination der Kräfte, gewonnen wurde.

Man muß daher zur Vergleichung andere Momente heranziehen und da wird sich zunächst die Entwicklung der Parteiorganisation darbieten. Das organisierte Leben ist in Oesterreich weit lebendiger als in Deutschland. Auf dem letzten Parteitag 1907 hat man versucht, es enger und bindender zu halten, indem als Ziel des Strebens aufgestellt wurde, die Parteiorganisation auf die Basis der zu gründenden oder auszubauenden sozialdemokratischen politischen Vereine zu stellen, während die Lokalorganisationen nur lose Zusammenfassungen der örtlich gewerkschaftlich oder sonstwie organisierten bildeten. Es ungewiss, ob dies Ziel, dem Beschlusse Gemäße zu sein, doch ist man noch sehr weit vom Ziele. Während 1907 für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs 500 000 Stimmen bei den Reichstagswahlen abgegeben wurden und die Zahl der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter mit 300 000 zu veranschlagen ist, ist die von der Parteiverwaltung gepflegte Statistik der örtlich organisierten bloß 112 538 auf, wobei aber bemerkt werden muß, daß diese Zahl keineswegs die in politischen Vereinen angeführten bedeutet. Denn in Wien gilt als politisch organisiert, wer die Volksstimme abonniert, das sind 44 556. Die politischen Vereine zählten jedoch bloß 2444 Mitglieder. Freilich ist auch wieder die Statistik nicht vollständig, denn viele Orte haben ihren Bericht eingekürzt. Jedenfalls zeigt sich aber ein deutlicher Fortschritt, da 1907 die Gesamtzahl der Organisierten bloß 95 000 betrug. Der reichsdeutsche Leiter wird gut tun, dabei stets im Auge zu behalten, daß die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs, die hier allein Betrachtung kommt, bloß neun Millionen Köpfe zählt, gegen die Oesterreicher, wenn man die preussischen Wahlen mitrechnet, 64 Millionen Bevölkerung; er muß also überall, um zu Vergleichsziffern zu gelangen, mit 6 oder 7 multiplizieren. Im ganzen gibt die Zahl 112 000 insofern ein brauchbares Maß, als sie ungefähr auch der Sitze der Parteiverwaltung entspricht, die der Bericht mit 114 000 angibt. Die Höhe der Parteistärke bewegt sich übrigens in sehr verschiedenen Größen. Als Mindestleistung wurde 1907 ein Monatsbeitrag von 20 Heller (etwa 17 Pf.) festgesetzt; doch sind noch immer 8 Prozent der Lokalorganisationen nicht hinter dieser geringen Leistung zurückgeblieben, während allerdings 27,4 Prozent sie übertreffen. Die 20 Wiener Bezirksorganisationen entrichten eine Parteisteuer von 36 Heller in Form des Abonnements der Volksstimme.

Auch die agitatorische Tätigkeit der Partei zeigt gegen die reichsdeutschen Verhältnisse wesentliche Unterschiede. Das Schwerkraft ruht auf der mündlichen Agitation, die Verbreitungsmöglichkeit ist recht reger; so wurden in den Berichtsjahren in 2070 Orten 10 463 politische und 25 449 gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten. Die Verbreitung der Flugblätter dagegen liegt im armen, an einer planmäßigen periodischen Flugblattverbreitung, wie sie in Deutschland üblich ist, mangelt es durchaus. Nur bei wichtigen politischen Ereignissen werden Flugblätter herausgegeben. Unter presserechtlichen Bestimmungen — das Verbot der Polpost — bieten da besonders in kleineren Orten eine kaum zu überwindende Schranke. Aber noch mehr wird dem reichsdeutschen Leiter eine gewisse Rücksichtlosigkeit in der Entwicklung der Parteipresse auffallen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei in Oesterreich verfügt über: 2 Tagesblätter, 4 dreimal, 9 zweimal wöchentlich erscheinende, über 9 Wochenblätter, 1 viermal wöchentlich und 1 monatlich erscheinendes Blatt. Das erscheint aus dem ersten Blick sehr wenig, wenn man die reichsdeutschen Verhältnisse zum Vergleich herbeizieht, findet jedoch in den allgemeinen Verhältnissen eine sehr treffliche Erklärung. Die Deutschen Oesterreichs besitzen nur zwei Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, Wien und Graz; in Wien sind bloß Bürgerrecht und Kleinbürgertum deutsch. Die zahlreichen deutsch-böhmischen, deutsch-schlesischen und alpenländischen Städte schwanken aber durchschnittlich zwischen 20 000 bis 40 000 Einwohnern, nur Wien zählt 70 000. Eine Tageszeitung bedarf der Großstadt, bedarf ihrer aber besonders in Oesterreich, wo die Herstellungskosten und daher der

Preis der Blätter unergleichlich höher sind als in Deutschland und die Verbreitung von der Stadt nach den Landstädten und Industrieorten durch den Mangel eines Postabonnements unterbunden wird. Auch die größten und reichsten bürgerlichen Blätter Deutsch-Oesterreichs erreichen deshalb nirgends die Höhe der im Reich möglichen Auflagen. Man halte sich bloß vor Augen, daß z. B. der Vorwärts in Berlin und im Postabonnement monatlich 1,10 M. kostet, die Arbeiterzeitung aber in Wien 2,20 Kronen und in der Provinz 2,60, das heißt fast das Doppelte in Wien und mehr als das Doppelte draußen. Der Durchschnittslohn der deutsch-österreichischen Arbeiter ist jedoch weit niedriger, in Deutschböhmen und Deutschmähren zum Teil erstaunlich niedrig. Deshalb muß sich die Kritik, wie sie seit einem Jahre über Oesterreich lastet, auch für das sozialdemokratische Zeitungswesen sehr fühlbar machen. Die Auflagen nahezu aller Blätter sind stehen geblieben oder zurückgegangen, die Arbeiterzeitung zum Beispiel, die im ersten Viertel 1908 durch Agitation plötzlich um 10 000 Abonnenten angewachsen war, vermochte im Verlauf des Jahres bloß 4800 davon festzuhalten, bei indogewiss etwa 50 000 Abnehmern.

Zur Abwendung des Bildes ist nötig, einen Blick auf die gewerkschaftliche Entwicklung zu werfen, da politische und gewerkschaftliche Bewegung kaum irgendwo inniger verknüpft sind als in Deutsch-Oesterreich. Auch hier macht sich natürlich die Krise geltend, im ganzen haben jedoch die Gewerkschaften ihr sehr tapfer widerstanden. Vom Ende des Jahres 1906 bis Ende 1907 erhöhte sich der Gesamtmitgliedsstand der österreichischen Gewerkschaften von 448 270 auf 501 094 Personen. Im Jahre 1908 trat ein kleiner Rückgang ein, der bis zum Ende des Jahres die Mitgliederzahl auf 482 279 Personen reduzierte. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl im Jahre 1906 war aber trotz der Einbuße im Jahre 1908 am Ende der Berichtsjahre noch ein Mitgliedsbergewinn zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1908 waren am Ende 1908 der Mitgliedsstand höher als Ende 1906. Die deutsche Gewerkschaftsliste umfaßt 16 monatlich, 22 vierwöchentlich, 4 dreimal monatlich, 6 wöchentlich erscheinende Blätter, mit einer Gesamtauflage von 321 550 Exemplaren. Wie wenig übrigens die Gewerkschaften unter der Krise gelitten haben, beweist das Wachstum ihrer inneren Kraft. Die Gesamteinnahmen hatten im Jahre 1906 6 982 374,99 Kronen betragen, im Jahre 1908 9 329 008,65 Kronen. Allerdings waren auch die Ausgaben in diesem Zeitraum erheblich gestiegen; sie betragen 1906 5 609 810,01 Kronen, im Jahre 1908 8 354 995,42 Kronen. Trotz dieser gewaltigen Ausgabensteigerung war aber der Vermögenszuwachs bedeutend. Der Vermögensstand hob sich von 7 318 906,78 Kronen im Jahre 1906 auf 9 978 370,77 Kronen im Jahre 1908. Es betrug also die Erhöhung der Vereinsvermögen in den Jahren 1907 und 1908 2 659 463,99 Kronen. Unabhängig vom Vereinsvermögen werden die Widerstandsfonds verwaltert. Der Streifonds stieg von 3 283 716 Kronen im Jahre 1907 auf 4 108 394 Kronen im Jahre 1908, für Streiks und Aussperrungen fanden Ende 1907 2 558 129 Kronen, Ende 1908 2 648 871 Kronen frei zur Verfügung.

Ein Wort verdient noch das Bildungs-wesen, weil hier in den letzten zwei Jahren wenigstens in Wien bedeutende Fortschritte gemacht wurden. Früher lag der Betrieb der Vorträge in völliger Anarchie. Parteiverwaltung, Landesparteiorganisation und Gewerkschaftskommission haben deshalb 1908 eine zentrale Institution geschaffen, den Wiener Unterrichts-ausschuss, dessen Sekretariat seit 1. November 1908 arbeitet, und die Versorgung der Vereine mit Vorträgen methodisch, in möglichst konzentrierter und mit Ausbeziehung minderwertiger Kräfte glänzend durchführt. Die vom Verein Zukunft geleitete „Arbeiter-schule“ bildet mit ihren zweijährigen Kursen den Ort höherer und umfassender Ausbildung. In der Provinz konnte allerdings der Bildungsausschuss nur eine beschränkte Tätigkeit entfalten; hier kann das Vortragswesen nie zur vollen Blüte gelangen, man versucht einen Ersatz zu bieten durch Anleitung zu planmäßiger Lesart, die sich ein neugegründetes, vom Bildungsausschuss herausgegebenes Organ „Die Bildungsarbeit“, deren erste Nummer in diesen Tagen erschienen ist, zur Aufgabe stellt.

Es steht im Zusammenhang mit den lebhaften Bildungsbestrebungen, daß die Organisation der jugendlichen Arbeiter einen besonders schnellen Aufschwung genommen hat. Am 1. Oktober 1907 zählte der Verband der jugendlichen Arbeiter 59 Ortsgruppen und 343 Stellen, davon nahezu ausschließlich auf Wien und Niederösterreich bzw. nahezu ausschließlich auf Wien und Niederösterreich beschränkt. Am 30. Juni 1909 umfaßte er dagegen 152 Ortsgruppen und 343 Stellen, wovon 95 allein auf Böhmen fielen; hier ist die Organisation der Jugendlichen geradezu aus dem Boden geschampft worden. Dem entsprechend hat die Zeitschrift „Der jugendliche Arbeiter“ keine Auflage von 4800 auf 7000 erhöht. Es ist dies eine Entwicklung, die der Partei zweifellos eine trotzreiche Zukunftsperspektive gewährt.

### Sächsische Fabrikinspektion 1908.

#### 4. Arbeiterschutz — Arbeiterausschüsse.

Obwohl, wie wir schon gesehen haben, die Krise ruhigere Verhältnisse mit sich bringt, wodurch auch verschiedene Auswüchse der industriellen Ausbeutung etwas gemildert werden, waren doch die Verstöße gegen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiter noch sehr zahlreich. Das gilt namentlich für solche Betriebe, für die besondere Bestimmungen gelten. Vielfach wurde auch wieder gegen den für die Steinbrüche gesetzlich vorgeschriebenen zehnstündigen Normalarbeitstag verstoßen, doch waren die Verstöße nicht so zahlreich wie in früheren Jahren. Das ist aber offenbar nur darauf zurückzuführen, daß die Steinbruchbetriebe im allgemeinen Mangel an Aufträgen hatten, der auch Betriebsbeschränkungen zeitigte. Wo aber Steinbrüche leblich beschäftigt waren, waren auch wieder Uebertretungen zu konstatieren. Nichtbeachtung des Normalarbeitstages wird aus den Bezirken Döbeln und Burgen gemeldet.

Gegen die Einschränkung der Frauenarbeit in den Steinbruchbetrieben haben die Steinbruchbesitzer in der Weisker Begend schon mehrfach remontriert und verstoßen. Mehrfach sind deswegen schon Bestrafungen erfolgt. Nunmehr haben die Herren versucht, durch Umgehungen des Gesetzes die Ausbeutung der billigeren weiblichen Arbeitskraft zu ermöglichen. Es wird darüber berichtet: Die Unternehmer von Hartenstein suchten das Verbot der Beschäftigung von Frauen bei der Herstellung von Kalkschlägen dadurch zu umgehen, daß sie den Arbeiterinnen Arbeitsplätze außerhalb der Steinbrüche anwies und sie verpflichteten, das zum Kalkschlag erforderliche Rohmaterial von ihnen zu kaufen. Ein neuerdings ergangenes Urteil des Oberlandesgerichts hat dies jedoch als unzulässig erklärt. Dieser Urteil ist durchgesetzt worden. Was werden die Steinbruchbesitzer nun versuchen? Uebrigens war es im Saugner Bezirk nicht viel besser. Dort mußte „in einigen zu Schanottefabriken gehörigen Kongruben den Besitzern die Verwendung weiblicher Arbeiter zur Gewinnung und zum Transport des Tonens gemäß der Bekanntmachung vom 15. November 1903 verboten werden. Ein Kongrubenbesitzer stellte diese Beschäftigung einer Arbeiterin erst ein, nachdem er bei der Polizeibehörde zur Anzeige gebracht worden war. Endlich war in drei Steinbrüchen die Beschäftigung von sechs Frauen mit Schotterschlägen und mit dem Aufschlagen schwerer Steine zu verbieten.“ Noch ärger war es im Bezirk Burgen. Es mußte dort in 26 Steinbrüchen der Beschäftigung von 261 Arbeiterinnen bei der Rohausarbeitung von Steinen entgegengetreten werden. Auf die erstatteten Anzeigen hin sind neun Arbeiterinnen und Betriebsleiter zu Geldstrafen von 20 bis 60 M. und fünf Bruchmeister zu solchen von 3 bis 10 M. verurteilt worden. Die von zwei Inhabern eines Steinbruchs gegen ihre Bestrafung mit je 60 M. Geldstrafe eingelegte Berufung wurde vom Landgericht unter Erhöhung der Strafe auf je 90 M. verworfen.“ Man kann nicht sagen, daß die Unternehmer besonders scharf herangezogen worden wären. Der Gewinn aus der unzulässigen Frauenarbeit war jedenfalls viel größer als die Strafe. Doch wären solche Uebertretungen kaum möglich, wenn sie nicht im Einverständnis mit den Arbeiterinnen vorgenommen würden, die mangels einer besseren Erkenntnis sich willig auf Kosten ihrer Gesundheit in geschwinder Weise ausbeuten lassen.

Gegen die Sonntagsarbeit in den Glasbläsen ist mit Erfolg vorgegangen worden. Es wird darüber mitgeteilt: „In einem seit längerer Zeit wegen unzulässiger Streikens des Tafelglases an den Sonntagen schwebenden Strafprozeß sind die beiden Inhaber einer Tafelglashütte durch Urteil des Oberlandesgerichts zu je 20 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Weitere fünf Hüttenbesitzer sind wegen der gleichen Zuwiderhandlung zur Anzeige gebracht worden. Der Sachausgang ist der Gewerbeinspektion noch nicht bekannt geworden.“ Hoffentlich ist damit auch den Arbeitern in den Tafelglashütten die Sonntagsruhe gesichert.

Auch unzulässige Ueberarbeit der Arbeiterinnen wurde mehrfach festgestellt. So teilt die Beamtin der Dresdner Kreis-hauptmannschaft mit, daß sie 107 Arbeiterinnen in 38 Betrieben bei ungesetzlicher Mehrarbeit ermittelte. In einem Falle wurden die Arbeiterinnen sogar bis nachts 12 Uhr beschäftigt. Dasselbe Beamtin berichtet noch: „Besondere Schwierigkeiten bereiten die Werkstätten der Kleider- und Wäsche-fabrikation in den mittleren und kleinen Städten, wo häufig die Arbeiterinnen auch gleichzeitig als Verkäuferinnen tätig sind. In solchen Fällen war die Arbeitszeit durchgängig eine übermäßig lange und fiel bei meist nur einständiger Mittagspause und keiner bestimmten Frühstücks- und Vesperpause mit dem Betrieb des offenen Geschäfts zusammen. Zahlreiche kleine Werkstätten arbeiteten auch nur mit sogenannten Behr-mädchen, und hielten sich dann die Arbeitgeberinnen um so weniger zur Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, als die meist bürgerlichen Angehörigen Behr-mädchen selbst nicht als Arbeiterinnen betrachtet sein wollten.“ Auch in den Werkstätten für